

Sperrfrist: 29.11.2002
10.00 Uhr



Kurzfassung Medien

Zehn Jahre nach dem Nein zum EWR-Vertrag

Eine Standortbestimmung mit Ausblick

von Christoph Blocher, Herrliberg

EWR-Nein verhinderte EU-Beitritt

Am 6. Dezember 2002 sind es zehn Jahre her, dass Volk und Stände den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt haben. Bei einer Stimmbeteiligung von über 78% haben sich die Bürgerinnen und Bürger für einen eigenständigen Weg, **den schweizerischen Weg in Europa und der Welt**, entschieden.

Fünf Ergebnisse

Zehn Jahre nach dem EWR-Nein lassen sich folgende **fünf Ergebnisse** festhalten:

1. **Das EWR-Nein verhinderte den bereits anvisierten EU-Beitritt.** Die Schweiz hat somit ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit wahren können.
2. **Das EWR-Nein verhinderte einen unwürdigen Kolonialvertrag.** Dieser Vertrag hätte uns gezwungen, über 80 Prozent des bestehenden EG-Rechts zu übernehmen. Auch künftiges, noch unbekanntes EG-Recht hätte die Schweiz ohne Mitentscheidung akzeptieren müssen.
3. **Die Schweiz konnte ihren Wohlstand gerade ausserhalb von EWR und EU behaupten.** Verschuldung, ein wuchernder Sozialstaat, der steile Anstieg der Steuerbelastung und damit geringes Wachstum sind hausgemachte Probleme.
4. Die vormals EU-begeisterte Wirtschaft hat mittlerweile erkannt, dass eine unabhängige und weltoffene Schweiz ein Erfolgsmodell darstellt. **Die Wirtschaft beurteilt heute einen EU-Beitritt klar negativ.** Das EWR-Nein hat diese **bemerkenswerte Kehrtwendung** überhaupt erst ermöglicht.
5. **Die apokalyptischen Voraussagen über eine Schweiz ohne EWR haben sich als gigantische Fehlprognosen erwiesen.** Damit wird der Befund der ersten Standortbestimmung von 1997¹ bestätigt.

Eine freiheitliche Bürgergesellschaft mit dem Willen zur Eigenverantwortung kann eine besondere, der Schweiz angepasste Politik betreiben und damit grösseren wirtschaftlichen Erfolg erzielen als innerhalb eines durchreglementierten Grossgebildes mit seinem Harmonisierungsdruck nach unten. **Eine unabhängige und souveräne Schweiz bietet die Chance, innovativer, wirtschaftlich leistungsfähiger und konkurrenzbereiter zu agieren als eine zentralistisch organisierte EU.** Dies bedingt allerdings, dass Bundesrat und Parlament diesen Willen haben und dem Auftrag zur Unabhängigkeit auch nachleben.

¹ Christoph Blocher: Eine Standortbestimmung, 5 Jahre nach dem Nein der Schweiz zum Vertrag über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), Dezember 1997.

Der Bundesrat spaltet mit seiner Doppelzüngigkeit das Volk

Das Schweizer Volk hat die Regierenden unmissverständlich zur Wahrung der Unabhängigkeit unseres Landes verpflichtet². Trotzdem hält der Bundesrat am Beitritts-gesuch fest und bezeichnet neuerdings die EU-Mitgliedschaft als "ein sich in Arbeit befindliches Projekt"³. **Diese Zwitterhaltung schadet unserem Land enorm**. Sie schwächt unsere Verhandlungsposition gegenüber der EU in den sektoriellen Abkommen⁴, und der Bundesrat fördert mit seiner **Doppelzüngigkeit** die Spaltung unseres Landes. Wie die einschlägigen Abstimmungen⁵ gezeigt haben, fühlt sich **die Hälfte der Schweizer Bevölkerung** in der Aussenpolitik durch die Politik von Bundesrat und Parlamentsmehrheit **nicht mehr vertreten**.

Schlussfolgerungen

Gegen den Willen des Volkes und gegen alle staatspolitischen und volkswirtschaftlichen Einwände halten der Bundesrat und die Parteien SP, FDP und CVP am Ziel einer EU-Mitgliedschaft fest.

Die Classe politique sitzt in der **Europa-Falle**.

Das **Vorpreschen** in der Beitrittsfrage hat die Position der Schweiz in den bilateralen Verhandlungen enorm geschwächt.

Dieser **aussenpolitische Amoklauf** hat uns **schlechte Verträge gebracht** und wird uns **auch in zukünftigen Verhandlungen schwächen**.

Aussenpolitischer Aktivismus ist immer ein Zeichen innenpolitischen Versagens.

Statt ihre Inkompetenz nach Brüssel zu delegieren, sollte unsere politische Elite hier und heute für ihr Versagen zur Verantwortung gezogen werden.

Darum:

Ein EU-Beitritt kommt für die Schweiz nicht in Frage.

Die Verhandlungen zu den bilateralen Verträgen II müssen unter den heutigen Bedingungen abgebrochen werden.

Der Bundesrat muss seine aussenpolitische Zwitterhaltung aufgeben und sein Beitritts-gesuch sofort zurückziehen.

Statt aussenpolitischer Betriebsamkeit müssen endlich die innenpolitischen Missstände angegangen werden:

- **Haushaltsanierung**
- **Steuerquote senken**
- **Schuldenabbau**
- **Zurück mit dem Sozialstaat**

² Das Stimmvolk schmetterte die Initiative "Ja zu Europa" am 4.3.2001 mit 76,8% Nein ab.

³ Bundesrat Josef Deiss, NZZ, 30.5.2000.

⁴ Selbst der ehemalige Staatssekretär Franz Blankart, der die Verhandlungen zum EWR geleitet hatte, meint heute, man könne nicht EU-Kandidat sein und gleichzeitig bilaterale Abkommen aushandeln. Entweder nehme der Bundesrat Beitrittsverhandlungen auf oder ziehe das Beitritts-gesuch zurück. " 'Tertium non datur', fasst Blankart zusammen." NZZ am Sonntag, 27.10.2002.

⁵ Abstimmung über den Einsatz von "Blauhelmen" vom 12. Juni 1994.

Abstimmung zu den Militärgesetzrevisionen vom 10. Juni 2001.

Abstimmung zum UNO-Beitritt vom 3. März 2002.

Abstimmung zur Asylinitiative vom 24. November 2002.